

Unter welchen Bedingungen wäre eine Ethik des Guten eine gute Ethik?

INGO PIES

Korreferat zum Beitrag von Ulrike Knobloch

Der von Ulrike Knobloch vorgelegte Text meldet theoretische Ambitionen an: Er formuliert eine Kritik an John Rawls (ca. 1 + 3 Seiten), eine Kritik an der Ökonomik im Allgemeinen und an Karl Homanns ökonomischer Ethik im Besonderen (ca. 2 Seiten) sowie eine Einführung in die Vorstellungswelt Peter Ulrichs (ca. 8 Seiten), um schließlich in eine kritische Weiterentwicklung (ca. 3 Seiten) seines Ansatzes einer „Integrativen Wirtschaftsethik“ zu münden.

Ich werde im Folgenden zu allen vier (sowie zu drei weiteren) Punkten Stellung beziehen. Hierbei möchte ich für mich ausdrücklich in Anspruch nehmen, mit der gewählten Proportionierung des Argumentationsvolumens in der Sache begründete Prioritäten widerzuspiegeln.

(1) Ich sehe in den Schriften von John Rawls eine der tiefsten Philosophien des 20. Jahrhunderts.¹ Meine Lesart:² Seine Gerechtigkeits*theorie* ist eine Gerechtigkeits*kritik*. Rawls arbeitet mit der Annahme, dass die grundlegenden Gerechtigkeitsvorstellungen im Institutionensystem westlicher Gesellschaften bereits implementiert sind. Darauf aufbauend formuliert er Kriterien, anhand deren die Bürger ihre je eigenen Gerechtigkeitsintuitionen als korrekturbedürftig oder gar verfehlt selbst kritisieren können. Aufgrund dieser Theoriearchitektur zielt die Rawlssche Philosophie primär nicht auf eine *Institutionen-*, sondern auf eine *Intuitionen-*Kritik. Freilich wird dies in der Rawls-Rezeption – sowohl auf Seiten der Anhänger als auch auf Seiten der Kritiker – nicht durchgängig wahr- und ernstgenommen. Doch ist es gerade dieser Mangel an Sensibilität für die zugrunde liegende Problemstellung, durch den sich die (normal-)wissenschaftliche Literatur als *Sekundärliteratur* zu erkennen gibt.

Die geradezu singuläre Qualität der Rawlsschen Schriften als philosophische *Primärliteratur* zeigt sich für mich darin, dass die Neujustierung der gerechtigkeits-theoretischen Problemstellung, die Rawls in seinen neueren Schriften zum politischen Liberalismus vornimmt, weitreichende Umbauten nach sich zieht, welche nicht nur die Fassade, sondern die gesamte Statik seines Theoriegebäudes von Grund auf verändern. Seine Theorie vom Vorrang des Rechten vor dem Guten wird hierdurch in zweierlei Hinsicht

betroffen (und fester verankert): *Zum einen* folgt aus dem Faktum des Pluralismus, dass man sich grundsätzlich von der Vorstellung verabschieden muss, gesellschaftlicher Konsens lasse sich auf der Ebene einer umfassenden Konzeption des Guten organisieren. Auf dieser Ebene nämlich führen Diskurse, d.h. intellektuelle Argumentationswettbewerbe, nicht zum Konsens, sondern zum Dissens. Sie revozieren den Pluralismus nicht, sondern forcieren ihn. Gerade deshalb ist er für Rawls als Faktum unhintergebar. *Zum anderen* erwächst hieraus die Anforderung an jedes einzelne Individuum, bei der Auswahl und Ausgestaltung des eigenen Lebensplanes von vornherein durchgängig darauf zu achten, dass die so entstehende Konzeption des Guten mit den distinkten Konzeptionen des Guten anderer Individuen vereinbar ist und vereinbar bleibt. Pointiert formuliert, wird Kompatibilität zur Pflicht. Konkret kann man sich das am Beispiel eines Sexualstraftäters oder eines Rassisten oder eines religiösen Fanatikers vor Augen führen, dem nicht erlaubt wird, sich mit einem Verweis auf seine Präferenzen herauszureden. Statt dessen wird ihm gesellschaftlich zugemutet, für solche Neigungen – und insbesondere für die sozialschädlichen Handlungsfolgen solcher Neigungen – Verantwortung zu tragen.

Vor diesem Hintergrund kann ich die von Ulrike Knobloch vorgeschlagene *Differenzierung* zum Vorrang des Rechten vor dem Guten nicht nachvollziehen. Ich will versuchen, mein Verständnisproblem zu verdeutlichen, indem ich die Rawlssche Einsicht in ökonomische Termini übersetze und sodann zeige, inwiefern mir die vorgeschlagene Differenzierung terminologisch uneinsichtig ist, weil sie einer begrifflichen Verwirrung geschuldet zu sein scheint: Legt man den ökonomischen Begriff einer rationalen Handlung zugrunde, so gibt es Ziele und Mittel. Tertium non datur. „Faktum des Pluralismus“ bedeutet dann, dass man von einer zunehmenden Heterogenisierung individueller Ziele auszugehen hat. Hieraus folgt als „Vorrang des Rechten vor dem Guten“, dass ein gesellschaftlicher Konsens nicht auf der Zielebene, sondern allenfalls auf der Mittelebene organisiert werden kann. Moderne Gesellschaften sind, um es in den Worten des Ökonomen F.A. von Hayek auszudrücken, nicht „ziel-verknüpft“, sondern „mittel-verknüpft“.³

Legt man den ökonomischen Begriff strategischer Situationsinteressen in einem sozialen Dilemma zugrunde, so lässt sich die hier interessierende Distinktion noch weiter präzisieren: Der Begriff „Handlungsinteresse“ bezieht sich auf die Spielzüge in einer gegebenen Situation („choices within rules“). Der Begriff „Regelinteresse“ hingegen ist auf einer höheren Ebene angesiedelt und bezieht sich auf die die Situation allererst definierenden Spielregeln („choices among rules“). In einem sozialen Dilemma führen die antagonistischen Handlungsinteressen der Individuen zu einer kollektiven

Selbstschädigung („mutual harm mutually exerted“). Ökonomen klassifizieren ein solches Ergebnis als pareto-inferiores Nash-Gleichgewicht. Hiermit verbindet sich die Pointe, dass ausgerechnet der Antagonismus der Handlungsinteressen eine Interessenharmonie auf nächst höherer Ebene generiert, denn die an der Situation beteiligten Akteure haben ein gemeinsames Regelinteresse an einer pareto-superioren Situationstransformation, die die anreizbedingte wechselseitige Schlechterstellung in eine anreizbedingte wechselseitige Besserstellung überführt. Um es pointiert zuzuspitzen: Die Heterogenisierung der Zielvorstellungen führt zu einer Homogenisierung der Vorstellungen von geeigneten Mittel(restriktio)en, die gesellschaftlich zuzuweisen sind. analog generieren divergierende Handlungsinteressen eine Konvergenz der Regelinteressen. Deshalb eignen sich (nur) letztere als gesellschaftliche Konsensbasis. Insofern lässt sich die Semantik eines Vorrangs des Rechten vor dem Guten sozialstrukturell begründen. Hier sind Ethik und Ökonomik im Einklang.

Wie verhält es sich nun mit der Differenzierung, die Ulrike Knobloch vorschlägt? Auf der einen Seite scheint sie gewillt, einen Vorrang des Rechten vor umfassenden Konzeptionen des Guten anerkennen zu wollen, d.h. (in meiner Interpretation): einen Vorrang der Mittelebene vor der Zielebene bzw. einen Vorrang der Regelinteressenebene vor der Handlungsinteressenebene, sofern es darum geht, jene Ebene zu identifizieren, auf der es einer modernen Gesellschaft möglich ist, nachhaltige Konsensfindung zu betreiben. Auf der anderen Seite aber scheint sie sich genötigt zu sehen – offenbar in dem Bestreben, das Gute nicht unter den Tisch fallen zu lassen (vgl. Knobloch 2002:9) –, einen Vorrang des Guten (in seiner elementaren Konzeption) vor dem Rechten zu postulieren. Was genau ist damit gemeint? Ist gemeint, dass die elementare Konzeption des Guten „die notwendigen Bedingungen dafür umfasst, dass den Menschen überhaupt die Verfolgung einer umfassenden Konzeption des Guten offen steht“ (Knobloch 2002: 10)? Oder ist damit gemeint, wie es wenige Zeilen später heißt, dass „das *elementare* Gute ... eine notwendige Vorbedingung für das Rechte“ (Knobloch 2002: 10, H.i.O.) ist? Und wenn tatsächlich *beides* gemeint sollte: Wie wäre dies miteinander vereinbar?⁴

(2) Aus meiner Sicht sind die im Text getroffenen Aussagen sowohl zur Standardökonomik als auch zur Wirtschaftsethik Karl Homanns trivial falsch.⁵

Im ersten Fall wird meines Erachtens verkannt, dass die Ökonomik als positive Wissenschaft zu erklären versucht, inwiefern die Ergebnisse sozialer Interaktion primär nicht durch die Präferenzen, sondern durch die Restriktionen determiniert werden, mit denen sich rationale Akteure konfrontiert sehen. Insofern rekonstruiert die Ökonomik sowohl die Erfolge als

auch die Misserfolge der modernen Gesellschaft als *nicht-intendierte* Folge *intentionaler* Handlungen. Am Beispiel: Seit Adam Smith wird der Wohl-*Stand* der Nationen nicht auf das Wohl-*Wollen* der Unternehmer zurückgeführt, sondern darauf, dass diese sich (nur) bei geeigneten Wettbewerbsanreizen genötigt sehen, ihr Verhalten in den Dienst der Konsumenten zu stellen. Streng analog lassen sich Phänomene wie Inflation und Arbeitslosigkeit, Umweltverschmutzung und Frauendiskriminierung am Arbeitsplatz, aber auch generell Trittbrettfahrerverhalten sowie Überkonsumtion und Unterinvestition bis hin zu Rüstungs- und Korruptionswettläufen als system(at)ische Konsequenz institutioneller Fehlanreize interpretieren. Vor diesem Hintergrund ist es verwunderlich, dass Ulrike Knobloch (vgl. 2002: 11) es der Ökonomik nicht als Stärke, sondern als Schwäche anrechnet, dass das ökonomische Kategoriensystem individuellen Lernprozessen einen systematischen Stellenwert für die Generierung von Rationalität zuweist.

Im zweiten Fall wird meines Erachtens verkannt, dass der Wirtschaftsethik Karl Homanns eine ausgearbeitete Konzeption von „Rationalität und Demokratie“ (vgl. Homann 1988) zugrunde liegt. Hier scheint mir der Grund für offenkundige Missverständnisse im Text zu liegen, welche sich nicht nur auf die (Art der) *Problembearbeitung*, sondern insbesondere auch auf die (Art der) *Problemstellung* beziehen, die dem von ihm begründeten Forschungsprogramm zu eigen sind.

(3) Ulrike Knobloch kritisiert einen blinden Fleck im Ansatz Peter Ulrichs. Aus meiner Sicht betreibt dessen Ansatz nicht *Grundlagenreflexion*, sondern *Grundlagenreflexionspolemik* (vgl. Pies 2000c). Bei dem von Ulrike Knobloch thematisierten blinden Fleck handelt es sich insofern weder um die einzige Unzulänglichkeit dieses Ansatzes noch um die tiefste. Dazu später mehr.

(4) Ich begrüße die feministische Kritik des Androzentrismus‘ der – lediglich dem Anspruch nach – „integrativen“ Wirtschaftsethik Peter Ulrichs als Beitrag zu wissenschaftlicher Polyperspektivität.

(5) Ulrike Knobloch verbindet mit ihrem Text nicht nur theoretische, sondern offenbar auch (gesellschafts-)politische Ambitionen. Ich halte *beides* für legitim und prinzipiell unterstützungswürdig.

(6) Meiner Einschätzung nach ist allerdings zu vermuten, dass sich beide Anliegen besser zur Geltung bringen ließen, wenn – als Forschungsprogramm – eine theoretische Konzeption zugrunde gelegt wäre, die nicht *ohne* – und schon gar nicht *gegen* –, sondern *im Rekurs auf* ökonomische Kategorien argumentieren würde. Ich will versuchen, dies kurz zu erläutern.

Im Unterschied zu traditionellen Gesellschaften offeriert die moderne Gesellschaft auf breiter Front zunehmend allen Frauen (und Männern), unab-

hängig von ihrer jeweiligen Herkunft, völlig neue Optionen zur Partizipation im arbeitsteiligen System sozialer Zusammenarbeit. Aus dem traditionell geschlechtsspezifischen Assignment „Hausarbeit *oder* Marktarbeit“ erwächst die moderne Möglichkeit, sich den eigenen „Arbeitsplatz“ frei zu wählen. Für viele verbindet sich mit dieser Partizipation eine Emanzipation, die bereits zu einem integralen Bestandteil des eigenen Lebensentwurfs geworden ist. Doch stehen der Verwirklichung dieses Emanzipationsstrebens immer noch zahlreiche Schwierigkeiten im Weg, weil viele institutionelle Strukturen auf das traditionale Geschlechterverhältnis zugeschnitten sind und nun gründlich reformiert werden müssen. Die mangelhafte Vereinbarkeit von Familie und Beruf – für Frauen *und* Männer – ist das Ergebnis eines Konglomerats von Fehlanreizen, deren Bereiche sich von Bildungseinrichtungen (gegenwärtige Mängel der Ko-Eduktion) über die Karrierestrukturen in wirtschaftlichen Organisationen (z.B. starre Tages-, Wochen-, Jahres- und Lebens-Arbeitszeiten) bis hin zur Sozialversicherung (unvollständige Anrechnung inter-generationeller Humankapitalinvestitionen) und zum Steuertarif (z.B. Ehegattensplitting) erstrecken. Generell muss im Rahmen einer nachhaltigen Gesellschaftspolitik die öffentliche Infrastruktur den neuen Bedürfnissen angepasst werden, z.B. in Form von flexibilisierten Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Ganztagschulen.

Aus ökonomischer Sicht besteht auf all diesen Feldern Reformbedarf, weil gezeigt werden kann, dass die Bürger angesichts der bestehenden Fehlanreize unter ihren Möglichkeiten bleiben und das Potenzial wechselseitig vorteilhafter Besserstellung nicht voll ausschöpfen können. Dies gilt für Frauen *und* Männer. *Beide* Geschlechter können profitieren, wenn sie aus den sozialen Dilemmata befreit werden, in die das Institutionensystem sie gegenwärtig hineinzwingt.⁶ Die ökonomische Pointe lautet: Es sind gerade die *konfligierenden Handlungs*-Interessen im Status quo, die ein *gemeinsames Regel*-Interesse konstituieren, jene institutionellen Reformen vorzunehmen, die die Fehlanreize beseitigen, durch welche man sich gegenwärtig behindert sieht, die möglichen – materiellen sowie immateriellen – Vorteile sozialer Kooperation in vollem Umfang zu nutzen. Insofern ist man gut beraten, in der Sache *ökonomisch* zu argumentieren, d.h. im sozialstrukturellen Rekurs auf *gemeinsame (Regel)*-Interessen, wenn man jenen gesellschaftspolitischen Reformkonsens organisieren will, ohne den in einer Demokratie nachhaltige Umstellungen des Institutionensystems nicht gut möglich sind.

Meinem Verständnis nach schließt dies freilich nicht aus – sondern gerade umgekehrt: es schließt ausdrücklich ein –, sozialstrukturelle Erkenntnisse semantisch so zu übersetzen, dass sie an die (moralischen) Wahrnehmungskategorien der relevanten gesellschaftlichen Diskurse anschlussfähig werden. Insofern ist hier ein kooperatives, weil *komplementäres* Verhältnis von

Ethik und Ökonomik indiziert: Beide Disziplinen könnten im Rahmen arbeitsteiliger Spezialisierung daran mitwirken, die Verwirklichungsbedingungen individueller Lebensentwürfe einschließlich geschlechtsneutral(isierend)er Emanzipationsbestrebungen zu verbessern und so mittels institutioneller Reformen mehr Moral zur Geltung zu bringen. Diese Ambition, *als Wissenschaft* gesellschaftspolitisch wirksam zu werden, verlangt jedoch nach einer tragfähigen Konzeption für die hierfür erforderlichen forschungsprogrammatischen Weichenstellungen. Mit dem Ansatz einer ökonomischen Ethik, d.h. einer ökonomischen Theorie der Moral, stehen entsprechende Vorstellungen zur Diskussion.⁷ Man muss diese Vorstellungen nicht teilen. Aber vielleicht wäre es produktiv, wenn man sich darauf einlassen würde, diese Vorstellungen im Hinblick auf die ihnen zugrunde liegende – und offen ausgewiesene – Problemsituation zu kritisieren.

Meinem Verständnis nach kann eine solche Auseinandersetzung als *interne* oder als *externe* Kritik organisiert werden. Im ersten Fall diskutiert man Alternativen der *Problembearbeitung*. Im zweiten Fall diskutiert man Alternativen der *Problemstellung*. Ohne einen solchen *Problembezug* aber sehe ich nicht, wie sich ein argumentativer Überbietungswettbewerb arrangieren ließe, um theoretische Lernprozesse zu forcieren bzw. allererst in Gang zu setzen.

(7) Vor diesem Hintergrund möchte ich die im Titel aufgeworfene Frage abschließend wie folgt beantworten.

Bestünde das Problem einer Ethik für die moderne Gesellschaft darin, die Lebenswelt vor Systemimperativen zu schützen, so wäre eine Ethik des Guten eine gute Ethik, wenn es ihr – *als Wissenschaft* – gelänge, lebensweltliche Moralvorstellungen identifizieren, rechtfertigen und *gegen das System durchsetzen* zu helfen.

Dies freilich ist *nicht* die Problemstellung, die der „integrativen“ Wirtschaftsethik Peter Ulrichs zugrunde liegt. Deren Anliegen scheint vielmehr darin zu bestehen, im Spannungsfeld von System und Lebenswelt die aristotelische Mitte zu halten. Einerseits soll man am System teilnehmen dürfen, um von ihm im Hinblick auf Lebensnotwendiges und sogar auf Lebensfülle zu profitieren. Andererseits soll man sich vom System jederzeit zurückziehen dürfen, um die Autonomie der Lebenswelt gegen Zumutungen verteidigen zu können. Markt und Wettbewerb werden hier als Bedrohung individueller Moral aufgefasst. Die Anerkennung des Systems nimmt die Form einer Konzession an, die Form eines ethischen Zugeständnisses an die Sachzwänge der modernen Welt.⁸ Im Grunde aber gilt unverändert: Emanzipation wird gedacht als Emanzipation *vom* System.⁹ Und so wird dann – folgerichtig? – die Aufgabe der Ethik darin gesehen, sich auf die Seite des Guten zu schlagen oder wenigstens Vorkehrungen zu treffen,

damit das Gute in der modernen Gesellschaft nicht vollends – wie offenbar befürchtet wird – „vom Tisch“ (Knobloch 2002: 9) ist.

Bevorzugt man hingegen eine andere Problemstellung, weil man die Distinktion von System und Lebenswelt für theoretisch unbefriedigend hält und von dieser begrifflichen Unterscheidung nicht systematisch, sondern allenfalls metaphorisch Gebrauch machen möchte, so könnte man als These formulieren, dass – entgegen mancher Hoffnung – Moral in der modernen Welt nicht zur Geltung gebracht werden kann, indem man die Anreizwirkungen von Markt und Wettbewerb abzuschwächen, einzuschränken oder gar auszusetzen versucht, sondern allenfalls dadurch, dass man diese Anreizwirkungen mittels institutioneller Reformen so justiert und forciert, dass sie für moralische Anliegen in Dienst genommen werden. So gesehen, geht es nicht um die *Außer*kraftsetzung, sondern um die *In*kraftsetzung von Markt und Wettbewerb. Es geht um Emanzipation – nicht *vom* System, sondern – *durch* das System. Für die Lebenswelt bedeutet dies, dass gesellschaftliche Inklusion als unabdingbare Voraussetzung für gelingende Lebensentwürfe anzusehen ist: Individuierung vollzieht sich als Sozialisation.

Legt man eine solche Problemstellung zugrunde, so folgt als theoretische Priorität für eine Ethik der modernen Gesellschaft, das Verhältnis von Sozialstruktur und Semantik zu reflektieren. Ethik und Ökonomik sind dann nahe beieinander: erstere als Theorie der Moral(semantik), letztere als Theorie sozialstruktureller Situationsanreize. Eine solche Ethik ist freilich nur dann eine gute Ethik, wenn sie als Ethik der sozialen Ermöglichungsbedingungen individueller Moral entfaltet wird. Solche Moral ist nicht – mittels Appell – zu fordern, sondern – mittels Analyse institutioneller Reformoptionen – zu fördern. Moral muss durch Anreize unterstützt werden, damit es im eigenen Interesse liegt, sich so zu verhalten, dass (auch) andere davon profitieren.¹⁰

Im Fokus einer solchen Ethik stehen nicht Präferenzen, sondern (institutionelle) Restriktionen. Es geht nicht darum, Menschen der Zumutung auszusetzen, sie sollten ihr Eigeninteresse *anders* kalkulieren *wollen*.¹¹ Sondern es geht darum, sie faktisch in die Lage zu versetzen, ihr Eigeninteresse im Zuge wechselseitiger Vorteilsgewährung *besser* kalkulieren zu *können*.

Demgegenüber scheint der Ansatz einer „integrativen“ Wirtschaftsethik nur das als moralischen Wert anerkennen zu wollen, was sich einer ökonomischen Kalkulation entzieht. Gerade in dieser Hinsicht also scheint der Ansatz – und zwar ausgerechnet dort, wo er sich für „werterhellend“ (Knobloch 2002: 10) hält, – völlig im Dunkeln zu tappen, so dass man ihm, um im Bilde zu bleiben, zuvörderst eine kategoriale Selbstaufklärung anraten möchte. Inwiefern die feministische Kritik einen Anstoß hierzu geben kann, bleibt abzuwarten. Viel dürfte davon abhängen, ob man den kriti-

schen Impuls dadurch abfängt, dass man die Gewichtungen innerhalb dieses Ansatzes neu austariert, oder ob man statt dessen den Impuls nutzt, um von Grund auf neu darüber nachzudenken, wie ein Forschungsprogramm konzeptualisiert sein müsste, mittels dessen sich gesellschaftspolitische Ambitionen theoretisch unterstützen lassen. Gegenwärtig jedenfalls scheinen mir die Weichen (noch) nicht so gestellt zu sein, dass die hier in Angriff genommene Ethik des Guten auf dem Weg zu einer guten Ethik wäre, d.h. zu einer Ethik, deren Problemstellung und deren Kategoriensystem zur Problembearbeitung so zugeschnitten und aufeinander abgestimmt sind, dass den (sozialstrukturellen) Bedingungen angemessen Rechnung getragen wird, unter denen Moral in einer modernen Gesellschaft zur Geltung kommt oder eben nicht zur Geltung kommt.

-
- 1 Vgl. Rawls (1971, 1979), (1992), (1993) und (2001).
 - 2 Vgl. Pies (1993), (1995) und (2000b; Kapitel 4).
 - 3 Vgl. von Hayek (1976, 1981: 153). Die moderne Gesellschaft wird nicht durch gemeinsame Zwecke zusammengehalten. Sie ist keine Teleokratie, sondern eine Nomokratie: Sie wird durch gemeinsame Regeln zusammengehalten, die die Mittel beschränkend festlegen, welche zur Verfolgung der je individuellen Zwecke eingesetzt werden dürfen. In diesem Sinne spricht von Hayek (1976, 1981: 62) auch von einer „regelverknüpften offenen Gesellschaft“.
 - 4 Wird hier möglicherweise „das Gute“ (Singular: Zielkategorie) mit „Gütern“ (Plural: Mittelkategorie) verwechselt? Beruht die vorgeschlagene Differenzierung vielleicht lediglich auf einer Gleichsetzung von Elementargütern mit dem elementaren Guten?
 - 5 Für trivial falsch halte ich auch die Aussagen zur Wirtschaft. Hier nur zwei Beispiele, die zeigen, wie unterschiedlich man die theoriestrategischen Weichen stellen kann: (a) Gegen Ulrich (1997: 212), auf den sich Knobloch (2002: 17) zustimmend beruft, ist meiner Auffassung nach geltend zu machen, dass die Ursache für Armut keineswegs darin besteht, dass Menschen der Möglichkeit „beraubt“ (sic) werden, *sich selbst* zu versorgen, sondern vielmehr darin, dass es ihnen nicht gelingt, im Rahmen gesellschaftlicher Arbeitsteilung eine Möglichkeit zu finden, *andere* zu versorgen und hierdurch einen Marktlohn zu erwirtschaften. Nicht Autarkie ist die Lösung des Armutsproblems, sondern Inklusion und Teilhabe am System. Dies sozialpolitisch durch Anreize zu fördern, wird dann zu einem integralen Bestandteil kluger Wirtschaftspolitik. Vgl. hierzu Pies (2000b; Kapitel 2). (b) Gegen Ulrich (1997: 204), auf den sich Knobloch (2002: 16) zustimmend beruft, ist meiner Auffassung nach geltend zu machen, dass es darauf ankommt, die Sachzwänge der Wirtschaft institutionell so in Dienst zu nehmen, dass die Marktwerte der Güter und Dienstleistungen ihre Lebensdienlichkeit widerspiegeln. Versucht man hingegen, wie Ulrich dies propagiert, Moral und Ethik *gegen* die Logik der Wirtschaft „allen Sachzwängen zum Trotz“ (sic) in Stellung zu bringen, so stehen beide auf verlorenem Posten. Ausgerechnet einen solchen Ansatz als „integrative“ (sic) Wirtschaftsethik zu bezeichnen, ist m.E. unfreiwillig komisch. Ökonomik und Ethik integrierend hingegen scheint mir zu sein, auf die institutionellen Anreizbedingungen zu reflektieren, unter denen Konkurrenz

- als Instrument sozialer Kooperation zur Verwirklichung moralischer Anliegen eingespannt werden kann.
- 6 Vgl. z.B. Ott (1998). Vgl. aber auch die seit 1995 erscheinende Zeitschrift „Feminist Economics“, in der zahlreiche Beiträge unter Beweis stellen, wie fruchtbar sich das ökonomische Analyseinstrumentarium auch gerade in diesem eher unkonventionellen Bereich anwenden lässt.
 - 7 Vgl. Homann und Pies (1993), (1994a), (1994b), (1996) und (2000) sowie Homann (1994), (1997), (1998) und (2001), ferner Pies (1997), (1998) und (2000a) sowie Suchanek (2001).
 - 8 Dies ist theoriestrategisch bedeutsam. Am Beispiel: Rawls akzeptiert den Pluralismus nicht nolens volens, sondern begreift ihn als Chance. Analog kann man das Systemischwerden der modernen Gesellschaft: das anreizbedingte Auseandertreten von individuellen Handlungsintentionen und sozialen Handlungsergebnissen, als Chance begreifen. Zwar verschließt dieses Systemischwerden zumindest tendenziell den traditionellen Zugang zur Verwirklichung von Moral. Doch zugleich eröffnet es in einem historisch nie gekannten Ausmaß die Möglichkeit, immer mehr Menschen der materiellen und immateriellen Errungenschaften moderner Zivilisation teilhaftig werden zu lassen. Nur bräuchte man dann eben eine Ethik, deren Perspektive nicht ausgerechnet hier ihren blinden Fleck hat.
 - 9 Insofern stürzt die feministische Kritik den Ansatz „integrativer“ Wirtschaftsethik in eine prekäre Situation, denn offenbar ist es so, dass Frauen, die auf eine verstärkte Teilhabe am System drängen, sich genau davon zu emanzipieren versuchen, was (einige) Männer als Lebenswelt für bewahrenswert halten. Die aus meiner Sicht spannende Frage ist nun die, ob man diesen Widerspruch äquilibristisch oder systematisch aufzulösen versucht. Im ersten Fall – und hiermit scheint sich Ulrike Knobloch bereits zufrieden geben zu wollen – setzt man auf eine neue Gewichtung, um die erwünschte Balance zwischen System und Lebenswelt wiederherzustellen. Im zweiten Fall hingegen sucht man sich eine verbesserte Problemstellung. Vgl. hierzu die folgenden Ausführungen im Text.
 - 10 Ulrike Knobloch (2002: 10) scheint das anders zu sehen, wenn sie die Meinung vertritt, dass die „Frage nach der Motivation zum moralischen Handeln ... ohne Rückgriff auf das Gute nicht beantwortet werden“ kann. Aus meiner Sicht kann diese Frage nicht ohne Rückgriff auf *Anreize* beantwortet werden. Vielleicht liegt hier einer der Hauptunterschiede zwischen unseren Auffassungen – und zugleich ein möglicher Ausgangspunkt für zukünftige Versuche wechselseitiger Verständigung.
 - 11 Eine solche Vorstellung könnte man als imperativischen Eingriff lebensweltlicher Naivität in Systemfunktionen bezeichnen (und kritisieren). Vor diesem Hintergrund wird verständlich, wieso Niklas Luhmann die Ethik davor warnt, sich mit Moral zu i(de)n(ti)fizieren und es sogar zur vornehmsten Aufgabe der Ethik erklärt, vor Moral(i)sieren zu warnen. Vgl. Luhmann (1978), (1989) und (1990).

Literaturverzeichnis

Hayek, Friedrich August von (1976, 1981): Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Bd. 2: Die Illusion der sozialen Gerechtigkeit, aus dem Amerikanischen übertragen von Martin Suhr, Landsberg am Lech. ► **Homann, Karl (1988):** Rationalität und Demokratie, Tübingen. ► **Homann, Karl (1994):** Ethik und Ökonomik. Zur Theoriestrategie der Wirtschaftsethik, in: ders. (Hrsg.): Wirtschaftsethische Per-

spektiven I: Theorie – Ordnungsfragen – Internationale Institutionen, Berlin, 9-30.

- **Homann, Karl (1997):** Sinn und Grenzen der ökonomischen Methode in der Wirtschaftsethik, in: Aufderheide, Detlef/ Dabrowski, Martin (Hrsg.): Wirtschaftsethik und Moralökonomik, Berlin, 11-42. ► **Homann, Karl (1998):** Normativität angesichts systemischer Sozial- und Denkstrukturen, in: Gaertner, Wulf (Hrsg.): Wirtschaftsethische Perspektiven IV: Methodische Grundsatzfragen, Unternehmensethik, Kooperations- und Verteilungsprobleme, Berlin, 17-50. ► **Homann, Karl (2001):** Ökonomik: Fortsetzung der Ethik mit anderen Mitteln, in: Siebeck, Georg (Hrsg.): *Artibus ingenius*. Beiträge zu Theologie, Philosophie, Jurisprudenz und Ökonomik, Tübingen, 85-110. ► **Homann, Karl/ Ingo Pies (1993):** Liberalismus: Kollektive Entwicklung individueller Freiheit – Zu Programm und Methode einer liberalen Gesellschaftstheorie, in: *Homo Oeconomicus* X(3/4), 1993, 297-347. ► **Homann, Karl/ Pies, Ingo (1994a):** Wirtschaftsethik in der Moderne: Zur ökonomischen Theorie der Moral, in: *Ethik und Sozialwissenschaften (EUS)* 5, Heft 1, 1994, 3-12. ► **Homann, Karl/ Pies, Ingo (1994b):** Wie ist Wirtschaftsethik als Wissenschaft möglich? Zur Theoriestrategie einer modernen Wirtschaftsethik, in: *Ethik und Sozialwissenschaften (EUS)* 5, Heft 1, 1994, 94-108. ► **Homann, Karl/ Ingo Pies (1996):** Sozialpolitik für den Markt: Theoretische Perspektiven konstitutioneller Ökonomik, in: Pies, Ingo/ Leschke, Martin (Hrsg.): *James Buchanans konstitutionelle Ökonomik*, Tübingen 1996, 203-239. ► **Homann, Karl/ Pies, Ingo (2000):** Wirtschaftsethik und Ordnungspolitik – Die Rolle wissenschaftlicher Aufklärung, in: Leipold, Helmut/ Pies, Ingo (Hrsg.): *Ordnungstheorie und Ordnungspolitik – Konzeptionen und Entwicklungsperspektiven*, Stuttgart 2000, 329-346. ► **Knobloch, Ulrike (2002):** Ideen des Guten in der integrativen Wirtschaftsethik – Hinführung und Weiterentwicklung, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik (zfwu)* 3, Heft 1, 9-23. ► **Luhmann, Niklas (1978):** Soziologie der Moral, in: Niklas Luhmann und Pfürtnner, Stephan H. (Hrsg.): *Theorietechnik und Moral*, Frankfurt a.M., 8-116. ► **Luhmann, Niklas (1989):** Ethik als Reflexionstheorie der Moral, in: ders.: *Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft*, Band 3, 358-447. ► **Luhmann, Niklas (1990):** Paradigm lost: Über die ethische Reflexion der Moral, Frankfurt a.M. ► **Ott, Notburga (1998):** Der familienökonomische Ansatz von Gary S. Becker, in: Pies, Ingo/ Leschke, Martin (Hrsg.): *Gary Beckers ökonomischer Imperialismus*, Tübingen, 63-90. ► **Pies, Ingo (1993):** Normative Institutionenökonomik. Zur Rationalisierung des politischen Liberalismus, Tübingen. ► **Pies, Ingo (1995):** Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – der Beitrag der Gerechtigkeitstheorie, in: Pies, Ingo/ Leschke, Martin (Hrsg.): *John Rawls' politischer Liberalismus*, Tübingen, 1-19. ► **Pies, Ingo (1997):** Theologische Sozialethik und ökonomische Theorie der Moral: Ein Verständigungsversuch, in: Aufderheide, Detlef/ Dabrowski, Martin (Hrsg.): *Wirtschaftsethik und Moralökonomik*, Berlin 1997, 183-195. ► **Pies, Ingo (1998):** Ökonomischer Ansatz und Normativität: Zum wertfreien Umgang mit Werten, in: Pies, Ingo/ Leschke, Martin (Hrsg.): *Gary Beckers ökonomischer Imperialismus*, Tübingen 1998, 107-135. ► **Pies, Ingo (2000a):** Wirtschaftsethik als ökonomische Theorie der Moral – Zur fundamentalen Bedeutung der Anreizanalyse für ein modernes Ethikparadigma, in: Gaertner, Wulf (Hrsg.): *Wirtschaftsethische Perspektiven V. Methodi-*

sche Ansätze, Probleme der Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit, Ordnungsfragen, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Band 228/V, Berlin 2000, 11-33. ► **Pies, Ingo (2000b)**: Ordnungspolitik in der Demokratie. Ein ökonomischer Ansatz diskursiver Politikberatung, Tübingen. ► **Pies, Ingo (2000c)**: Wie integrativ ist die Integrative Wirtschaftsethik Peter Ulrichs? – Über die Reflexionsdefizite einer sich kritisch gerierenden Grundlagenreflexion(spolemik), in: Ethik und Sozialwissenschaften (EUS) 11, Heft 4, 604-606. ► **Rawls, John (1971, 1979)**: Eine Theorie der Gerechtigkeit, übersetzt von Hermann Vetter, Frankfurt a.M. ► **Rawls, John (1992)**: Die Idee des politischen Liberalismus, in: Hirsch, Wilfried, Frankfurt a.M. ► **Rawls, John (1993)**: Political Liberalism, New York. ► **Rawls, John (2001)**: Justice as Fairness, in: Kelly, Erin (Hrsg.): A Restatement, Cambridge/ Mass./ London. ► **Suchanek, Andreas (2001)**: Ökonomische Ethik, Tübingen. ► **Ulrich, Peter (1997)**: Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie, Bern u.a.

PD Dr. Ingo Pies, Universität Passau

Email: Ingo.Pies@uni-passau.de